



Deutschland. Landtags-Berhandlungen.

42. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Januar.

11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg und Bitter.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Steuer vom Vertriebe geistiger Getränke leitet der Referent Abg. Hansen unter Hinweis auf den schriftlichen Bericht mit der Bemerkung ein, daß er selbst zum Minorität in der Commission gehöre.

zur Minorität in der Commission gebre. § 1 lautet nach dem Vorschlage der Commission: „Wer Branntwein zum Genusse auf der Stelle feilbietet (Ausshank) oder Kleinhandel mit Spiritus oder Branntwein betreibt, hat neben und unabhängig von der bestehenden Gewerbesteuer die vom 1. April 1880 ab nach den Vorschriften dieses Gesetzes für die Gemeinden beziehungsweise Kreise zu erhebende Steuer zu entrichten.“

Der Steuer sind nicht unterworfen: Diejenigen, welche Kleinhandel ausschließlich mit denaturiertem Spiritus oder Branntwein unter Beachtung der wegen dessen Befreiung von der Branntweinsteuer bestehenden Vorschriften betreiben.

Dagegen sind die mit dem Vertriebe von Branntwein besetzten Genossenschaften der Steuer auch in dem Falle unterworfen, wenn ihr Gewerbebetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht.“

S. I lautet in der Vorlage: „Wer geistige Getränke irgend einer Art zum Genuss auf der Stelle feilbietet (Ausschank) oder Kleinhandel mit Spiritus oder Branntwein betreibt, hat neben und unabhängig von der bestehenden Gewerbesteuer die vom 1. April 1880 ab nach den Vorschriften dieses Gesetzes für die Gemeinden beziehungsweise Kreise zu erhebende Steuer zu entrichten.“

Der Steuer sind unterworfen: 1) Weinbauer, insoweit sie wegen des Auschanks eigener Erzeugnisse im Polizeibezirke ihres Weingutes oder Wohnortes auch von der Gewerbesteuer befreit sind. 2) Dirigenzen, welche Kleinhandel ausschließlich mit denaturiertem Spiritus oder Branntwein unter Beachtung der wegen dessen Befreiung von der Branntweinsteuer bestehenden Vorschriften betreiben.

Hierzu beantragen 1) Zelle den letzten Absatz des Commissions-Beschlusses zu streichen; 2) Bitter (Waldenburg), v. Colmar und v. Wedel-Biesdorf den § 1 in der Fassung der Vorlage mit dem letzten Alinea der

Abg. Zelle: Ich bitte über den Absatz 1 des § 1, der das Prinzip des ganzen Gesetzes enthält, besonders abzustimmen. Die Commission hat das Bier und den Wein daraus entfernt und nur den Branntwein als Steuerobjekt gelassen. Das ist eine beträchtliche Verbesserung, trotzdem bleibt das Gesetz für die Fortschrittspartei unannehmbar. Es führt zum ersten Male eine Zwangsetatierung der Gemeindeeinnahmen ein entgegen dem in dem Verwaltungsgesetze und dem noch in Verarbeitung befindlichen Gemeindesteuergesetze aufgestellten Grundsatz der Selbstverwaltung der Communen auch berünglich der Steuern. Wenn die Regierung nun ihren Unmut gegen Baudlehrer, Kleiderhändler u. A. auf dem hier beschrittenen Wege Raum findet, so kann diese Zwangsetatierung so weit gehen, daß für die Selbstbestimmung der Communen gar nichts mehr übrig bleibt. Gegen die Unbilligkeit, die etwa aus dem Schankgewerbe resultirt, muß die Polizei und nicht die Steuergesetzgebung einschreiten. Die Polizei hat hierzu reichliche Mittel in Händen. Der Landrat v. Pleß hat im Januar eine Verordnung klassen, welche allen Gast- und Schankwirthen, die einer Person geistige Betränke bis zur Trunkenheit verabfolgen, die Concessionsentziehung wegen Förderung der Böllerei gemäß §§ 33 und 59 der Gewerbeordnung anstellt, auch die Gendarmen anweist, bei allen auf der Straße getroffenen betrunkenen festzustellen, in welcher Schänke sie sich betrunken haben. In Eckernförde hat der Landrat schon 1878 die Einführung einer Polizeistunde für sämtliche Locale, strenge Strafverfolgung gegen die Uebertreter und Concessionsentziehungsverfahren gegen die Rücksäßigen angeordnet. Tanzbelustigungen in den Städten nur alle 14 Tage gestattet, auch solchen Wirthen auf Zeit oder gänglich untersagt, welche die polizeiliche Controle nicht gebührend unterstützen, und die Gemeinden aufgesordert, eine Erhöhung der Abgaben für öffentliche Tanzlustherleisten in Erfordlung zu zwingen.

Nun scheinen allerdings in den Städten viele Wirthschaftslocalen mit dem, was man von der Polizei verlangen kann, in grellem Widerspruch zu stehen, unsittliche Tanzlocalen, Verbrecherfeller und dergl. Die Polizei duldet sie, um eine Stelle zur besseren Controle gewisser Ansammlungen von Verbrechern und verdächtigen Leute zu unterhalten und dieses Interesse würde auch bei dem neuen Gesetze fortbestehen. Das wirthschaftliche Interesse der Communen, das dieses Gesetz befriedigen soll, wird schon jetzt aus derselben Quelle reichlich genährt durch Besteuerung von Concerten, Verloojungen und sonstigen Vergnügungen in Wirthshäusern. Ein Edernförder Wirth zahlt für die Erlaubniß jährlich einige Tanzlustbarkeiten abzuhalten 156 M., während er nur 45 M. Gewerbesteuer an den Staat zahlt. Nach dem Commissionsvorschlage wird übrigens doch die Besteuerung nicht auf die Brantweinshänken im engeren Sinne beschränkt; vielmehr gehören Hotels, Conditorien und dergl. welche nur nebenbei Brantwein ausschänken, mit zur Schanksteuergesellschaft. Sie werden die Brantweinsteuer auf die andern Waaren vertheilen, die wir gar nicht treffen wollen. Ich fürchte endlich, daß bei Annahme des Gesetzes dem stillen Trunk in den häuslichen Einsamkeit ein gewaltiger Vorschub geleistet wird. (Heiterkeit.) Aus Brickeode in Thüringen schreibt man mir, daß dort bereits eine Gemeindeabgabe auf Brantwein von 10 Mark per 200 Liter besteht, der Brantweinconsum aber eher zu- als abgenommen hat. Früher kauften die Hausfrauen dort nur beim Kleinhändler die zum Frühstück und Besper für den Mann nötige Portion, je $\frac{1}{2}$ Liter, weil sie fürchteten, daß bei Anschaffung von Webrorrath auch mehr getrunken würde. Da aber die Kleinhändler jetzt

Soll der Braunitwein genuss, meint der Schreiber, durch Preiserhöhung beschränkt werden, so muss diese allgemein sein, sonst findet das Publikum immer die billigeren Quellen und dann heißt es: „von dem Schnaps kann man einmal mehr trinken, der ist ja billiger als beim Wirth. Die meisten Braunitweinsünder trinken ohnehin ihr stärkstes Theil zu Hause, um nicht in die Doffentlichkeit zu bringen, wie viel sie trinken; so hat mein Nachbar schon immer einen Rausch, bevor er ins Wirthshaus geht.“ Man kann also die Repression der Auswüchse des Schankgewerbes der Polizei und der noch kaum ins Leben getretenen Gewerbeordnung überlassen und den Gemeinden anheimstellen, mit der Anwendung der Liqueursteuern beim Schankgewerbe aufzufahren; aber diese Zeit erfordert, wie keine andere, mit neuen Gesetzen und namentlich mit neuen Steuern vorsichtshalber zu sein und die Leute damit

Abg. Bröns steht von Anfang an der Vorlage sehr kühl gegenüber und kann in der finanziellen Wirkung keine Erleichterung für die Communen erblicken, denn die Steuer wird jedenfalls aus dem Säckel ihrer Mitglieder bezahlt; die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer kann also dadurch nicht ersetzt werden. Auch der ethische Zweck des Gesetzes kann nur erreicht werden durch Einschränkung der Schnapschankstellen, nicht durch Belastung des Bier- oder Weingenusses. Mäßiger Biergenuss ist zuträglich, der unzulässige hat nicht die verheerenden Folgen des Brautweintrunks. Nach dem Commissionsvorschlage ist eine, wenn auch nicht bedeutende Verminderung namentlich mit neuen Steuern vorliegen zu sein und die Leute damit in Ruhe zu lassen. (Beifall links.)

Abg. Löwe (Berlin): Die Regierung verbindet bei diesem Gesetz wie bei dem betr. die Wanderlager mit dem Zwecke der Abstellung allgemein anerkannter Nebelstände im Verkehrsleben, hier des übermäßigen Brantweinvergnusses, eine finanzielle Tendenz, die die sittlichen Wirkungen nur bestätigen kann. Wenn man den Communen einen unverhältnismäßigen Ertrag aus diesem Gesetze in Aussicht stellt, so versöhnt man sie zu einer Laxen Brantwein, basierlich der Wettigung der zu sehr dem Schonen gegen

fröhndenden Kreise der Bevölkerung. Aber alte Liebe rostet nicht, und so kommen unsere conservativen Kreise immer wieder auf die Verehrung und Nachahmung russischer Einrichtungen zurück. Das freundschaftliche Verhältniß zu Russland hat sich geändert; aber dieses Gesetz beweist, daß wir uns immer noch von den russischen Traditionen nicht haben losmachen können. (Widerspruch rechts.) Auch in Russland ist der Schnaps ein Hauptsteuerobject; nur ist man dort nicht so zimperlich, dem gleichzeitig fiktive Motive unterzuschieben, sondern betrachtet den Schnaps einfach als Einnahmequelle; das russische Reich zieht $\frac{1}{3}$ seines Bedarfs mit etwa 225 Millionen aus der Schnapssteuer. Unsere Communen sind nun in finanzielle Bedrängniß gelommen nicht durch eigene Schuld, denn jede Commune wird sich wohl hüten, den Steuerzahlern drückende Verpflichtungen aufzulegen, sondern dadurch, daß die Regierung viele Maßregeln, die sie hätte ausführen müssen, einfach in Frage gestellt hat, falls die Communen nicht freiwillig die Kosten übernahmen, so namentlich beim öffentlichen Schulwesen. Dieses Vorgehen der Commune ist durchaus zu billigen. Nun kommt aber die Regierung noch für ihre Zwecke Steuern in Anspruch, welche ihrem ganzen Charakter nach Communalsteuern sind, und deren Überlassung an die Commune ihnen vor Einführung der neuen Wirtschaftspolitik feierlich versprochen wurde. Diese Zusage scheint man jetzt direct oder indirect wieder rückgängig machen zu wollen, indem man ihnen die Ausgleichung des Deficits durch neue Belastungen ihrer Mitglieder an die Hand giebt. Mit der Überweitung der Grund- und Gewäudesteuer an die Communen wird es noch sehr lange Wege haben, da

Es ist daher sehr bedenklich, die Aufmerksamkeit der Communen von ihrer berechtigten Forderung durch dieses Gesetz abzulenken und der Regierung die Rückhaltung ihres Versprechens zu erleichtern. Wegen eines gewiss verschwindenden Bruchteils von nicht reell arbeitenden Geschäftsleuten soll hier eine ganze Klasse von Gewerbetreibenden mit einer absolut drückenden Steuer belegt werden. Die Eingaben sehr respectabler Vereine unserer Stadt, des Vereins der Berliner Kaufleute, des Gastwirthsvereins, beweisen, daß sie keine Ausnahme von der Gesetzgebung zu ihren Gunsten verlangen. Aber das ganze Gesetz ist so angelegt, daß die ehrlichen, nicht schlechten Geschäftsleute dadurch ruinirt werden. (Sehr richtig! links.) Die reellen Geschäftsleute, die nicht auf Schliche und Winkelzüge gehetzen, werden das Geschäft aufgeben, und die allein von Pfissen und Knissen leben, übrig bleiben, systematisch ihre Kunden zu übermäßigem Trinken und Triften versüßen und ihre Kundshaft außerordentlich ausdehnen. Man wird allerdings nicht mehr so leicht wie jetzt ein Schantlocal finden, aber aus ganzen Straßen, Orten und Bezirken wird die Bevölkerung in die übrig bleibenden strömen, um ihren Postern zu fröhnen. Die Inhaber dieser Geschäfte werden dann aber solche Mittel in die Hände bekommen, daß sie auf Anstalten sinnen können, sich Hinterhüren in dem Gesetz zu schaffen. Dadurch also, daß Sie die Communen versöhnen, sich durch eine unmoralische Art der Besteuerung höhere Einnahmen zu verschaffen, werden die sittlichen Schäden, die Sie heilen wollen, nur schwimer werden. Will man aus dem Schnaps höhere Erträge erzielen, so muß man ihn an der Quelle besteuern. Auch hier wird, wie bei den Wandertagern die Reichsgesetzgebung auf einem Umweg illusorisch gemacht, da diese das Gewerbe nicht einseitig beschränken, sondern nur von verschiedenen Voraussetzungen abhängig machen will. Die Reichsgesetzbestimmungen sind in der letzten Zeit so verdächtig worden, daß die Behörde jeden Augenblick einem unsittlichen Betriebe Einhalt thun kann, und dieses Damoklesschwert ist so scharf und hängt an einem so dünnen Faden, daß jeder derartige Gewerbetreibende sich vor Nebertretungen hüten wird. Aber das reelle Geschäft fürchten wir bei der Erhöhung, welche die neue wirtschaftliche Gesetzgebung für gewisse Erwerbszweige gebracht hat, nicht auf diese Weise verloren. Ich bitte Sie deshalb, den Paragraphen abzulehnen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Ich werde gegen die Besteuerung der
Banderlager stimmen, weil sie gegen die Reichsgesetzgebung verstößt; bei-
er Schankstättensteuer aber fällt dieses Bedenken weg. Man hat Beschrän-
kungen des Ausschanks geistiger Getränke schon seit lange für nötig er-
achtet und zu den zulässigen Beschränkungen zählt gewiß auch die Be-
steuerung. Was mich und einen beträchtlichen Theil meiner politischen
Freunde veranlaßt, das Gesetz nicht a limine abzuweisen, ist unsere Über-
zeugung von der Nothwendigkeit, dem Branntwein irgend ein Schwergewicht
anzuhängen, das ihn hindert, sich dem Publikum so sehr zu empfehlen, wie
es gegenwärtig geschieht. Der Branntwein hat das Eigentümliche, daß er
durch seine augenblickliche starke Wirkung sehr erheblich über seinen dauer-
nen Nutzen zu täuschen vermag, und dieser Illusion wird Vorschub geleistet
durch seinen geringen Preis; darum halten wir es für eine unerlässliche
Sicht des Hauses, eine geeignete Form der Besteuerung zu finden. Nun
fragt man uns, wir sollen den Branntwein an der Quelle treffen; an der
Quelle wird aber nicht Branntwein, sondern Spiritus zu verschiedenen
Zwecken hergestellt. Zu gewöhnlichen Zwecken ist er steuerfrei, zur Essig-
abfertigung verträgt er eine mäßige Steuer, als Branntwein endlich soll er
noch besteuert werden. Wir haben viel über die Export-Bonification des
Spiritus gesprochen und manchen Erfolg darin erreicht. Aber eben die
Nothwendigkeit einer Bonification spricht dafür, daß man, wenn man den
Branntwein besteuern will, ihn nicht an der Quelle, sondern in dem Augen-
blicke treffen muß, wo er in den menschlichen Consum übergeht. Die Be-
denken gegen die Erhöhung der Spiritussteuer sind allgemein bekannt, und
wenn ich mich auch nicht zum Anwalt derselben mache, so erheben sie
doch nach meiner Ansicht eingehende Berücksichtigung. Die Spiritusproduktion
spielt in unserer ganzen Landwirtschaft eine ungemein wichtige Rolle.
Einerseits ist sie nothwendig zur Hebung gewisser Provinzen; andererseits
füllt sie in anderen Landesteilen schädlich. Wir sind daher damit ein-
verstanden, daß man das Schankstätten-Princip zur Grundlage der Besteue-
rung genommen hat.

Ein hervorragendes Mitglied unserer Fraction, das leider im Hause nicht mehr anwesend ist, hat zuerst den Gedanken angeregt, den Spiritus, den wir zur Zeit an der Quelle nicht treffen können, da zu treffen, wo er in den persönlichen Consument übergeht. Das wir dabei dem stillen Trunk Vorbehalt machen, ist richtig; aber dagegen läßt sich durch die Gesetzgebung überhaupt nicht einwirken. Wir steuern aber durch dieses Gesetz der im Trunk liegenden öffentlichen Unsittheit, indem wir zur Verminderung der Zahl der Schankstätten beitragen. Und die Zahl derselben ist durchaus nicht so gleichmäßig, wie man es öfters hinstellt. Die Kneipen mit Schildern und Laternen machen an und ich selbst bin in jüngeren Jahren manchmal noch abends nur deshalb in ein Local gegangen, weil es noch offen war, ohne jeden reellen Zweck. (Heiterkeit.) Man kann ja die Sittheit von Staatswegen gewiß nicht erzwingen; aber es ist auch nicht ganz ohne Beispiel, daß man versucht hat, Uebelstände, die man nicht ganz ausrotten konnte oder wollte, durch Besteuerung zu mildern. Ich erinnere nur an die unbesteuer. Der Thatzache, daß das Schantgewerbe bei Vieilen in der That nichts Anderes ist, als eine schwache Verhüllung des Missigganges, haben wir uns durchaus nicht verschlossen und sind der Ansicht, daß man ihnen unmöglich machen muß. Nur dagen erklärte ich mich ganz entschieden, Bier und Wein mit in das Gesetz hineinzuziehen. Möglicherweise können auch diese eine höhere Steuer ertragen; man kann sie aber zum vollen Betrage bei der Production treffen, was beim Brannwein nicht der Fall ist. Bier wird eben nur zum Trinken verwendet; nicht getrunkenes Bier hat seinen Verlust verfehlt. (Stürmische Heiterkeit.) Wir begreifen nicht, warum beim Bier dieselbe Erwägung Platz greifen soll, wie beim Brannwein und ebenso unerfindlich ist uns, nach welchem Principe die Steuern

Bier kann ja vielleicht eine hohe Steuer vertragen; wenn man aber
dieselbe Bier und Branntwein an dieselbe Gasse leist, so kostet

man denselben Fehler, als wenn man politische und gemeine Verbrecher in dieselbe Zelle sperrt oder nach denselben Grundsäzen behandelt. Bier und Branntwein sind nicht zwei gleich verdächtige Gesellen, von denen der eine nur einen etwas besseren Rock trägt, sondern sie stehen sich gegenüber wie Ormuzd und Ahriman. (Große Heiterkeit.) Wenn man einwendet, es sei ungerecht, das Stimulans des armen Mannes, den Branntwein, schlechter zu behandeln, als das des Mittelstandes und des Reiches, Bier und Wein, so erwidern wir darauf, daß wir mit diesem Gesetze eben dahin streben, den Branntwein zu Gunsten des Bieres zu verdrängen. Die Bierconsumtion kann ja auch übertrieben werden, aber nicht in dem Maße wie die des Branntweins. Schon die Schankstätten des Bieres sind ganz anders; sie sind hoch, lustig, freundlich; der Branntweinconsum in Massen aber schneidet das Licht und verbirgt sich in Kabachen und in die Privatwohnungen. Wir können keinen Vernichtungskampf gegen das Bier führen; Branntwein aber ist ein fremder, von einem nichtdeutschen Stämme überlommener Drögen in unserem Blut. Das Bier ist verlochten mit der ganzen Geschichte des deutschen Volkes, von Tacitus bis auf unsere Zeit, und entbehrt auch keineswegs der culturbistorischen Bedeutung. Man hat sich oft gefragt, warum die Syrer, die Karthager, die Phönizier keine längere geschichtliche Dauer hatten, meiner Ansicht nach — es giebt ja viel Auslegungen — haben sich diese Leute einfach deshalb nicht halten können, weil sie nichts Vernünftiges zu trinken hatten. (Große Heiterkeit.) Das Bier hat seinen Einfluß geübt auf unsere ganze politische Entwicklung: seine vielfachen Arten und Sorten in früheren Jahrhunderten waren ein Bild des deutschen Particularismus. Als die Bestrebungen der deutschen Burschenschaften gescheitert waren, machten sie Propaganda für das bayerische Bier; 1866, nach den ersten politischen Erfolgen, stellte sich das Bier in eleganterer Gestalt dar, aus den Gläsern wurden Tulpen, die Locale wurden auch für das schöne Geschlecht zugänglich; 1870/71 wurde das Bier salonsfähig; ich brauche wohl nicht zu erinnern, durch wen. Wir dürfen demnach den sittlichen Kampf, den wir gegen den Branntwein führen, nicht auf das Bier ausdehnen; wir können dasselbe nicht entbehren. Gerade beim Glase Bier in verständiger abendlicher Unterhaltung gleichen sich die Gegensätze aus. Ich stimme für Annahme des Entwurfs in der Commissionssatzung, die den Branntwein besteuert. Wein und Bier aber ausschließt. (Beifall.)

Brannwein besteuert, Wein und Bier aber auschließt. (Besfall.)

Abg. Eilers begründet die Notwendigkeit der Einbeziehung von Wein und Bier in das Gesetz aus finanziellen und ethischen Gründen. Gegenüber den immer wachsenden Bedürfnissen der Commune muß auf neue Steuerquellen gesonnen werden. Der Brannwein, mehr aber noch Wein und Bier sind geeignete Steuerquellen, denn sie können gewiß eine unerhebliche Vertheuerung vertragen, und als solche stellt sich die Steuer, auf das einzelne Glas Brannwein und Bier repartirt, dar. Der Vorwurf der Ungerechtigkeit gegen das Schankgewerbe ist nicht stichhaltig, denn dasselbe genügt ein gewisses Monopol durch Beschränkung der freien Concurrenz durch gesetzliche Maßregeln. Ist die Steuer an sich also unbedenklich, so muß auch dafür geforgt werden, daß sie ihre Aufgabe erfüllt, daß sie Steuererträge giebt. Das wird aber nicht eintreten, wenn Sie Wein und Bier auschließen, denn der Ertrag des Brannweinschankes ist lange nicht so hoch wie die Erträge aus Wein und Bier, abgesehen von der Defraude, der vorzubeugen unmöglich ist, wie die Erfahrung bei der Reichsgesetzgebung bewiesen hat. Ueber die Frage des volkswirtschaftlichen Erfolges der Vorlage können wir nur nach Analogien urtheilen. Unter der alten Gesetzgebung war im ehemaligen Königreich Hannover strengste Biervolizei; die Beschaffenheit des Getränks, die Reinlichkeit des Locals, die Ruhe und Ordnung dorfselbst, die Polizeistunde, Alles war behördlich geregelt und überwacht; dafür gab es auch nur wenige Wirthschaften und der Wirth zählte zu den Honoratioren des Ortes. Mit Erlaß der deutschen Gewerbeordnung wurde Alles anders. Die Wirthschaften schossen wie Pilze aus der Erde; in vielen Ortschaften kommt auf 60—70 Einwohner schon eine Wirthschaft, die meisten Wirths dieser Art gehen aber auch zu Grunde trotz aller Vormittel, die sie, selbst aus dem Lande, zum Anziehen des Publikums in Scène setzen. Ich könnte Ihnen Beispiele anführen, wo ein einziger Wirth das männliche Geschlecht großer Güter vollständig demoralisirt hat, denn wer dieser Art Wirthen einmal den kleinen Finger gegeben hat, der wird ihm bald die ganze Hand geben müssen.

ganze Hand geben müssen.

Ich erwarte nun von diesem Gesetz ein Eingehen solcher kleineren Wirthschaften und ein Wiederempörlöschen der größeren, alten, soliden. Wenn Sie aber Wein und Bier ausschließen, wird diese Wirkung nicht eintreten. Den Saß, der Bier- und Weingenuss sei nicht schädlich, sondern ein Gegengewicht gegen Brannitwein, halte ich für bloße Theorie; das Bier ist vielmehr die Stufenleiter zum Brannitweingenuß; ich erinnere nur an die innige Verbrüderung zwischen der Berliner Weizen und dem Kummel. Hat auch, wie ich zugebe, die Trunksucht und ihre Exzeß nicht zugenommen, so hat sich doch entschieden der Wirthshausbesuch vermehrt, und gerade darin, in dem Herumlungern in den Wirthschaften, liegt eine große volkswirtschaftliche Gefahr. Ich acciptiere die Ansicht des Abg. Meyer, daß unsere neuere politische Entwicklung gewissermaßen auf der Schanftstätte beruhe; aber das hat auch eine sehr ernste Bedeutung. Die oberflächliche politische Ausschauungsweise, welche in den Schanftstätten großgezogen wird, führt zur Socialdemokratie. (Sehr wahr!) Schließlich bitte ich Sie, sich die Wirthschaften nach der Firma, unter der sie arbeiten, als Bier-, Wein- und Brannitweinschänken zu betrachten und ihre Blicke zunächst auf Berlin zu richten. Die eigentlichen Brannitweinschänken, die Destillationen, wo der Droschkentütscher und der kleine Handwerker verlehrt, sind volkswirtschaftlich weit weniger gefährlich als die Bierschänken, die mit weiblicher Bedienung und glänzendem Aushangschild die Bevölkerung anlocken und wo die Polizei nachtlich ihre Razzias abhält. Ich bitte Sie, zugleich im Namen meiner politischen Freunde, die Commissionsvorlage zu § 1 abzulehnen und die Regierungsvorlage anzunehmen. Wir werden allerdings für das ganze Gesetz, auch unter Ausschluß von Bier und Brannitwein stimmen, aber nicht deswegen, weil wir das Gesetz so für annehmbar halten, sondern in der Hoffnung, daß es auf dem Wege, den es noch zu durchlaufen hat, wieder auf Bier und Wein ausgedehnt wird (hört, hört!), und daß wir dann noch einmal vor diese Frage gestellt werden. (Reißfest rechts)

einmal vor diese Frage gestellt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Bernards kann die vom Vorredner behauptete Beziehung zwischen Wein- und Biergenuss und Socialdemokratie für die sehr stark konsumirenden Rheinlande und Westfalen nicht gelten lassen; dort kann diese Partei nicht Boden gewinnen, weil sie mit dem einzigen richtigen Mittel, der religiösen Erziehung, bekämpft wird. Die Regierung verfolgt mit ihrer Vorlage einen ganz guten Zweck, sie hat aber für dieselbe den ungünstigen Zeitpunkt gewählt, in welchem die Vortheile der neuen Wirtschaftspolitik, die auch das Centrum unterstützt hat, noch nicht eingetreten sind — die gehofften Überschüsse existieren vorläufig nur auf dem Papier, — wohl aber die Nachtheile, eine für den kleinen Mann sehr empfindliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel, durch die Schuld der Händler, welche die Zeit vor Einführung der neuen Böle gut benutzt haben, hoffentlich vorübergehend hervortreten. Die Regierung hätte daher mit der Vorlage besser noch etwas gemarbetet, zumal aus dem Entwurfe nicht herborget, daß sofort nach diesem Gesetze eine Verminderung der Communalsteuern eintreten soll. Die großen Städte haben außerdem die Neigung, neue Einnahmen sehr bald und nicht immer für nothwendige Bedürfnisse zu verausgabten. Ein Grund für uns, Wein und Bier aus diesem Gesetze ausszuschließen, ist die sichere Erwartung, daß schon der nächste Reichstag eine Erhöhung der Brau- steuer beschließen wird und wir das Bier nicht mit einer doppelten Steuer belegt sehen wollen. Daß diese Steuer von den Wirthen auf die Consumenten abgewälzt werden wird, ist unzweifelhaft. Dem Abg. Mayer stimmen wir bei, daß das Bier eine andere Behandlung erzählen müsse als der Braunwein. Bier ist ein Nahrungsmittel geworden, das ungenügende Kost einigermaßen erleichtert, daher Strafanlagen, die sehr schwer arbeiten müssen.

In jüngster Zeit ist dem Bundesrathe von der Reichsregierung ein Entwurf auf Erhöhung der Lizenzsteuer des Brautweins zugegangen; Wein und Bier werden in demselben ausgeschlossen; dies ist um so mehr zu beachten, als die Fachmänner, die diesen Entwurf ausgearbeitet haben, der preußischen Regierung sehr nahe stehen. Die Verhältnisse in Rheinland

Schilderungen über die Brannweinpeit in einzelnen Landesteilen beweisen doch, daß die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen sehr verschieden sind; was für Oberschlesien gilt, trifft für die westlichen Landesteile nicht zu, in denen der Weinenguss auch in den unteren Volksstufen verbreitet ist, und aus diesem Grunde empfiehlt es sich nicht. Wein und Bier in das vorliegende Gesetz mit aufzunehmen. Die Befürchtung einer erschweren Aufsicht durch die Steuerbeamten im Falle des Ausschlusses von Wein und Bier theile ich nicht, der Neid der Concurrenten ist das beste Hilfsmittel gegen den versteckten Winkelaußschank. Wenn die Regierung auf dem Wege der Polizeiverordnungen ihre Unterstüzung leistet, so halte ich die Bestimmungen des § 1 der Commissionsvorlage für ganz geeignet, der Bölgerei zu steuern und den ethischen Zweck des Gesetzes zu erreichen; ich bitte das Haus daher, demselben zuzustimmen.

Abg. Bitter (Waldenburg): Wir würden das Land sehr gern mit einem neuen Steuergesetz verschonen, wenn wir nicht von der dringenden Nothwendigkeit des uns vorliegenden überzeugt wären. Der gegenwärtige Zeitpunkt scheint uns für das Gesetz nicht ganz so ungünstig, wie die Vorredner es annehmen. Die schwindelhaften Erstellen, welche in der Zeit der Gründerjahre unsolide Wirtschaften begründet haben, werden gerade jetzt von dem Gesetz am leichtesten vernichtet werden. Wie gefährlich es sein würde diese Steuer der Entscheidung der Commune zu überlassen, beweist schon die große Zahl der eingegangenen Petitionen. Die Hälfte der Mitglieder der Stadtoberhaupterversammlungen sind Haushalter, die natürlich aus eigenem Interesse gegen eine Schanksteuer eingenommen sind. Ein Novum ist es keineswegs, daß der Staat zu Gunsten der Communen eine Steuer aus eigener Initiative einführt, in Schmieden besteht bereits der Spiritussteuer ein ganz ähnliches Verhältnis. Dem Zwecke des Abg. Löwe auf Überweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen wird die Regierung gewiß ganz gern gerecht werden, wenn man ihr dafür die Schanksteuer überlässt. Auch meine politischen Freunde würden einem entsprechenden Antrage zustimmen. Die Concession eines Schankwirthes ist ein Privilegium, es ist daher nur billig, daß er auch in besonderer Weise besteuert wird. Den ethischen und guten Schankstätten wollen wir die übermäßige Concurrenz abwenden, und ich kenne eine große Zahl Gastwirthe, die in diesem Falle sehr gern eine höhere Steuer zahlen wollen. Ich glaube, daß die gegen den Entwurf der Regierung vorgebrachten Bedenken nicht zutreffend sind, das Gesetz wird die Gastwirtschaften vermindern, wie wir es beabsichtigen, und wird die anständigen Wirthschaften in die Lage bringen, die Steuer tragen zu können.

Der Abg. Zelle hat sich bei der ersten Lesung auf ein Ministerialrescript begeben, welches die Hebung der Wein- und Bierwirtschaften als eines Gegengewichtes gegen den Brannweinenguss beweist. Ich weiß zufällig, daß der Verfasser dieses Rescripts, ein gehäuftes Mitglied dieses Hauses, selbst eingeknickt, daß sein Rescript den entgegengesetzten Erfolg gehabt hat, und daß er mit demselben einen Fehler gemacht hat. Der Abg. Meyer hat Bier und Schnaps mit Ormuz und Abriman verglichen, ich sage, es sind siamesische Zwillinge, die besonders auf dem Lande gar nicht getrennt werden können; aber man es dennoch, so bestördet man lediglich den Winkelaußschank. In den meisten Brannweinlocalen wird auch Bier ausgeschankt, und dasselbe wird also von der Steuer auf jeden Fall mit getroffen, wenn wir sie auch nur auf den Brannwein beschränken wollen. Ich weiß aus meiner amtlichen Erfahrung, daß die Bierwirthe auf dem Lande sich stets um die Concession des Brannweinausschanks bewerben, weil ihre Gäste zum Bier einen Schnaps verlangen. Die Wein- und Bierschänken auf dem Lande bilden eine verderbliche Speculation, der man entgegentreten muß; bitte, nehmen Sie das von mir gestellte Amendement an, sonst müßten meine Freunde und ich uns möglicherweise gegen das ganze Gesetz entscheiden. (Sehr gut! links.)

Finanzminister Bittner: Ich kann in dem Commissions-Vorschlage zu § 1 eine Verbesserung der Vorlage nicht erblicken. Sie enthält nicht eine Umgebung der Reichsgesetze. Bei der Ausdehnung des Gesetzes auf Bier und Wein handelt es sich nicht um einen Vernichtungskrieg gegen das Bier; aber die Missstände der Schankstätten haben sich auch bei den Bierschänken in bedeutendem, wenn auch nicht in dem Maße, wie bei den Brannweinshänken gezeigt; man kann die Bierschänken also nicht in der idealen Weise darstellen, wie der Abg. Meyer dies gethan hat. Nur in ganz wenigen Fällen wird Bier nicht mit Spirituosen zusammen ausgeschankt. Ich hoffe, daß das Gesetz die Vermehrung der Schankstätten aufhalten; wenn aber die Bier- und Weinschänken nicht unter das Gesetz fallen, wird sich Alles, was aus den Brannweinshänken vertrieben wird, in die Bierschänken drängen, und man müßte dieselben einer wenig erfreulichen Polizei-Controle unterstellen, was weder den Gewerbetreibenden noch dem Publikum angenehm wäre. Für die Freilassung des Bieres von der Steuer wird angeführt, daß das Bier ein Feind des Brannweins sei und ihn verdränge. Diese Aufstellung ist keineswegs gerechtfertigt. Wenn der betreffende Erlass des Ministers des Inneren noch einmal in Erwägung käme, würde er wohl anders lauten. Die Bier-Commission hat dem Brannweinenguss nicht entgegen gearbeitet, sondern beide Consumtionen haben sich in ungeheurem Maßstabe vermehrt. Es handelt sich hier nicht um eine Besteuerung des Bieres oder einzelner Personen, sondern um die Besteuerung von Gewerbetrieben, die wohl in der Lage sind, diese Steuer zu tragen. Die Staatsregierung will die finanzielle Seite der Vorlage ganz und voll zum Ausdruck bringen. Sie sieht aber in der Vorlage kein Bezugsmittel für die Gemeinden zum Ertrag für die noch nicht überwiesene Grund- und Gebäudesteuer. Ich kann im Namen der Staatsregierung erklären, daß, sowie die finanziellen Verhältnisse es gestatten, mit der Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer und derjenigen Summen, welche aus den Reichssteuern an uns gelangen, an die Communen vorgenommen werden soll; es ist gänzlich ungerechtfertigt, wenn man andeutet, als ob die Regierung sich irgend einer früher eingegangenen Verpflichtung entziehen wollte. Wenn man annimmt, daß die Schanksteuer die Zahl der Schankstätten vermindern wird, so wird sich allerdings der Steuerbetrag vermindern, aber damit wird ein Zweck des Gesetzes erreicht. Ich kann Sie nur bitten, die Regierungsvorlage unter Ablehnung des Commissionsvorschages anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Cynern: Der Abg. Meyer (Breslau) hat meine Stellung zur Vorlage vollständig dargelegt. Ich will nur der Behauptung des Abg. Bernards entgegentreten, daß in den westlichen Provinzen die Socialdemokratie ohnmächtig sei und zwar deshalb, weil das Volk dort religiös erzogen und gebildet wäre. Ich vertrete auch einen rheinischen Wahlkreis, dort ist die Socialdemokratie ziemlich stark. (Heiterkeit.) Daß in den vom Centrum vertretenen Wahlkreisen die Socialdemokratie keinen Anhang findet, dafür ist nach landläufiger Meinung der Grund, daß die ultramontane Agitation dem Oppositiionsbedürfnis der Massen genügt.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich vertrete heute nicht mich allein, sondern auch einen Theil der konserватiven Fraktion, indem ich den Antrag stelle, Alles zu verwirren. (Sehr gut.) Ob meine Genossen mit meinen Motiven überall einverstanden sind, weiß ich nicht. Ich bin ein Feind der rastlosen Production neuer Gesetze und namentlich neuer Steuergesetze, denn es bleibt uns bald nichts mehr zu besteuern übrig. Wir haben bekanntlich noch eine Erhöhung der Tabaksteuer und eine Börsesteuer in Aussicht, für welche beide ich übrigens stimmen werde. Ich bin neulich von einem Herrn der linken Seite des Hauses als Repräsentant eines großen Theils der conservativen Partei außerhalb des Parlaments bezeichnet worden, ich habe das als ein Compliment aufgefaßt. Ich könnte ja in meiner Opposition gegen die Schanksteuer bedenklich werden, weil sie in Zusammenhang mit der Reichssteuerreform stehen soll. Aber gerade deshalb bin ich vielleicht gegen das Gesetz. Ich bin nämlich sehr für indirekte Steuern, aber ein vollständiger Gegner aller Schätzöle. Meinen Standpunkt haben im Reichstage die Abg. Flügel und v. Malzahn-Güls vertreten. (Hört! hört!)

Das erläßt einigermaßen meine Stellung zu diesem Gesetz. Die Zwecke dieses Gesetzes sollen, wie man sagt, ethisch sein; das Wort ist mir zu hoch; ich bin ein ganz einfacher Mann, ich überzeuge mir das in „polizeiliche“. (Sehr gut! Heiterkeit.) Die Polizei soll ja immer ethisch sein und ist es ja auch. Das Gesetz hat also polizeiliche Zwecke und finanzielle; daß beide sich gewissermaßen aufheben und negieren, ist schon bei der Generaldebatte erwiesen worden. Der polizeiliche Zweck geht dahin, die Schänken zu vermindern, also Fehler unserer Gesetzgebung zu verbessern. Es scheint mir nun aber sehr hart, die Schankwirthe für die Fehler unserer Gesetzgebung mit einer enorm hohen Steuer zu strafen. Man thut hier immer so, als wären die Schänke sehr reiche Leute, das sind sie aber gar nicht. (Sehr richtig! links.) Die großen Mehrzahl sind ganz arme Teufel. Die Materialisten oder Gewürzkrämer in den kleinen Städten betreiben alle einen kleinen Schank zur Stütze ihres Geschäfts, diese Leute ruinieren Sie mit der Steuer alle. (Sehr richtig! links.) Ich meine, die Schänke sind doch auch so zu sagen Menschen. (Heiterkeit.) Wenn man sie hier gewissermaßen als Verbrecher und als Gründer, was ja ziemlich dafelbe sein mag, bestimmen will, so ist das wirklich nicht richtig, es sind meist ganz ordentliche Leute, gegen die wir uns nicht in eine grundlose Mischnutzung hineinreden wollen. Es sind auch mildernde Mittel da, als diese harte Steuer. Die scharfe Handhabung der Bedürfnisfrage durch die Kreisausschüsse und die Concessionsentziehung gegen unsohlde Schankwirthe genügen vollkommen, die überflüssigen Schankstätten und die schlechten Wirtschaften zu beseitigen.

Wenn der Herr Minister ein scharfes Rescript nach der Art des vom Abg. Zelle aus dem Plessier Kreise mitgetheilten erläßt, so sollen Sie den guten Erfolg sehen, den es gegen die unsolide Wirtschaften haben wird. Was nun die finanzielle Seite des Gesetzes betrifft, so halte ich es für sehr neu und sonderbar, daß der Staat uns lediglich zu Gunsten der Communen burokratisch anleiten soll. Wenn der Staat solche Anstrengungen zu Gunsten der Communen macht, so ist das nicht gerade als Selbstverwaltung zu bezeichnen. (Zustimmung.)

Es kommt mir das eher vor wie eine Vormundschaftsregierung. (Sehr richtig!) Wir wollen immer die Schreibereien, die vielen Regierungsräthe vermeiden; in Folge dieses Gesetzes bekommen wir doch aber bei jeder Regierung unvermeidlich einen Rath mehr. (Burk: Schnapsrath!) Es ist auch nicht richtig, daß die Communen allgemein Staatsunterstützung brauchen. Die großen Stadtcommunen verlangen allerdings Staatsunterstützung, aber nur weil sie meistens über ihre Verhältnisse leben wie so viele Privatleute auch. Sie bauen Theater, Gasanstalten, Wasserleitung, Canalisation und machen dabei Karriere. Jedes kleine Nest will jetzt auch ein Gymnasium haben. Das sind alles sehr schöne Sachen, wenn eine Commune Geld hat; wenn sie aber keins hat, dann soll sie sich keine Gasanstalt anhaften, sondern da mögen die Leute des Abends schlummern falls mit der Laterne ausgehen. (Oho!) Jawohl, wir auf dem Lande haben auch keine Gasanstalt; wenn wir des Abends unsere Ställe revidieren wollen, dann werden wir uns die Laterne an. Ein Theater ist erst recht nicht nötig. Die Canalisation soll hygienisch nötig sein. Die Hygiene ist ja eine vor treffliche Wissenschaft, aber etwas Wind wird auch damit gemacht. (Heiterkeit.) Der Procentsatz der Communalsteuern gegen die Staatssteuern wird dadurch so enorm hoch, daß die Städte gerade, weil sie so viel für sich selbst gebrauchen, sich selbst niedrig zur Staatssteuer einzählen. So haben 26 Städte, die meines Wissens gesonderte Kreise bilden und sich deshalb selbst zur Gebäudesteuer einschäben, sich zwar sämlich in verschiedenen bei der neuen Einschätzung erhöht, der Procentsatz der Erhöhung bleibt aber bei 20 Städten hinter dem Procentsatz zurück — und zwar zum Theil recht erheblich — um den die Gesamtzahl der Städte des betreffenden Regierungsbezirks erhöht worden ist.

In Berlin hat sich der Durchschnitt um 24 p.C. erhöht, der Durchschnitt der Erhöhung aller Städte im Lande ist aber 26,1 p.C. Ich möchte also glauben, daß auch Berlin hätte höher kommen können. Dies ergibt die Ihnen zugegangene Mitteilung über die Resultate der Gebäudesteuer — ich weiß nicht, ob Sie sie schon gelesen haben — und ich fürchte aber, daß es bei der Klassen- und Communalsteuer ebenso sein wird. Sollte aber diese Rednung nicht richtig sein — ich führe sie nur an, um meine Studien von heute morgen nicht ganz nutzlos vorübergehen zu lassen, dann können wir diese Städte, die 300 und 400 p.C. Communalsteuern aufbringen, vor dem Banquerut nicht retten, auch wenn wir ihnen das aus diesem Gesetz erwarteite Geld geben; sie verwenden es dann doch gleich auf eines der schon erwähnten nötigen Dinge. Bei den gewählten Stadtvertretungen verfügt sich die Verantwortlichkeit zu leicht. Das Sparen verstandt nur die ständigen Versammlungen, die waren sogar zu geizig. Die Landkreise brauchen im Allgemeinen keine Zuflüsse, denn viele derselben haben von ihren Dotationsen, die sie vom Staaate erhalten, mehrfach gespart; manche haben allerdings zugestellt, weil sie nicht richtig organisiert waren. Die Vorlage will den Städten bis zur dritten Gewerbesteuerabteilung die Gelder überweisen, den Rest den Kreisen übergeben. Das wird oft sehr schwierig sein. Die Commission hat an der Vorlage nichts gebessert, sie läßt Wein und Bier aus, sie sieht diese als ethische Getränke an. (Heiterkeit.)

Ich bin dieser Meinung nicht; ich finde, daß das Bier einen viel zu guten Ruf hat, trotz der Bierrede — ich hoffe, daß das ein parlamentarisches Ausdruck ist —, die wir heute gehört haben. Sie wurde zur Vertheidigung des Bieres gehalten, also kann man sie eine Bierrede nennen. (Heiterkeit.) Ich glaube also, daß Bier einen zu guten Ruf hat. Es ist doch vorwiegend das Fundament der allerdings germanischen, systematischen und zunftmäßigen Kneipe. In Schnaps kann der Mensch nicht kneipen, in Wein auch nicht, was man so eigentlich kneipen nennt (Lebhafte Widersprüche), nämlich das Kneipen in Verbindung mit Kannegiebern, daß trotz aller Gemüthslichkeit oft genug zum Verbummeln führt. Ich bin also auch gegen die Bierkneipe und habe darin einen besonders großen Theil des Volkes hinter mir, nämlich die Frauen, mit Ausnahme derjenigen, die mit dem Abg. Meyer auch in die Bierkneipe gehen. (Heiterkeit.) Im Osten trinkt nur der Reiche, im Westen auch der Arme Wein; darum möchte ich schon im Interesse gleicher Behandlung den Wein mit besteuern. Daß die Besteuerung des Brannweins allein praktisch unausführbar ist, haben schon mehrere Vorredner dargethan. Ich bitte, sowohl die Regierungsvorlage als den Commissionsantrag abzulehnen. Auch den Weg, das Gesetz in das Herrenhaus zu schicken, von dem es amendirt zurückkommen soll, möchte ich nicht empfehlen. Es ist immer ein parlamentarisches Manöver — und ich möchte selbst zum Zwecke eines solchen Scheinmanövers meine Stimme mit Ja nicht für den Commissionsantrag abgeben. (Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag Bitter (Waldenburg) abgelehnt und darauf ebenfalls der erste Absatz des § 1 der Commissionsbeschluß, wie die Zählung ergibt, mit 192 gegen 175 Stimmen. Mit ungefähr gleicher Majorität werden die beiden folgenden Absätze verworfen. Damit ist der grundlegende Paragraph des Gesetzes, welcher die zu besteuern den Objekte bezeichnet, beseitigt. Es erhebt sich nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob eine weitere Beratung über die folgenden Paragraphen, welche die Ausführungsmodalitäten des § 1 enthalten, stattzufinden habe, da Minister Bitter erklärt, daß die Regierung trotz der Ablehnung des § 1 auf die Weiterberatung Gewicht lege, um die Möglichkeit einer dritten Beratung offen zu halten. Dieses dem bisherigen Brauche widersprechende Verfahren der Regierung, auch nachdem das Gesetz im Prinzip vom Hause abgelehnt ist, die Vorlage nicht zurückzuziehen, wird von den Abg. Birkow, Richter, Rickert, v. Benninghausen, Windhorst und von Schorlemmer in mehr oder minder scharfer Form verurtheilt.

Die Discussion dreht sich zunächst hauptsächlich um die Interpretation des letzten Alinea des § 17 der Geschäftsordnung, welcher lautet: „Wir der Entwurf in allen seinen Theilen ablehnen, so findet eine weitere Beratung nicht statt.“ Die Abg. Grumbrecht, Windhorst, Rickert, Richter und Kloß vertreten den logischen Standpunkt, daß mit der Ablehnung des § 1 implizite alle übrigen Paragraphen abgelehnt sind und daß somit die Voraussetzung der Geschäftsordnung für den Fall der weiteren Beratung erfüllt ist, dagegen stehen die Abg. v. Schorlemmer, v. Benninghausen, Graf Limburg-Stirum, Stengel, Köbler und v. Minnigerode mehr auf dem formalen Standpunkt und verlangen bei der jetzigen Sachlage die Fortsetzung der Beratung, es dem Hause anheimstellend, ob es die materiellen Consequenzen des früheren Beschlusses ziehen wolle oder nicht. Auf die Seite der letzteren stellt sich auch Präsident von Kölle und das Haus muß sich jetzt zunächst über folgende Anträge schließen machen: 1) des Abg. v. Ludwig; die Beratung fortzusetzen und die Discussion sämlicher folgender Paragraphen zu verlängern; 2) des Abg. Franssen; die weitere Beratung der Vorlage auf sechs Monate zu vertagen, und 3) des Abg. Stengel, die Vorlage zur Schlußberichtigung an die Commission zurückzuerheben. An den letzten Antrag knüpft sich eine weitere Streitfrage, nämlich ob es in diesem Stadium der Beratung auch noch zulässig ist, den ganzen Gesetzentwurf, d. h. inclusive des bereits abgelehnten § 1, an die Commission zu verweisen, oder ob dies nur in Betrifft der §§ 2 bis 19 noch zulässig ist. Während Stengel und der Minister Graf Eulenburg die erste Ansicht vertreten, sprechen sich Windhorst, Richter und Präsident v. Kölle für die letztere aus.

Die Meinungsverschiedenheit wird dadurch erledigt, daß Stengel seinen Antrag nur in Bezug auf die §§ 2–19 stellt. Dagegen will Windhorst die erste Streitfrage durch eine Abstimmung des Hauses entschieden sehen. Der Präsident glaubt aber, daß er die Entscheidung nicht in das Ergebnis der Majorität stellen könne, da er die Geschäftsordnung auch zum Schutz der Minorität zu handhaben berufen sei. In dieser Ansicht unterstützen ihn von Schorlemmer und Liedemann. Letzterer protestiert gegen den Besuch Windhorsts, ihm sein Recht zu verfürmern, zu dem folgenden Paragraphen der Vorlage noch Anträge zu stellen, wodurch eventuell die durch die Ablehnung von § 1 entstandene Lücke ausgefüllt werden kann. Da Windhorst aber seine Provocation auf Entscheidung der Streitfrage durch das Haus nicht aufrecht erhält, so lehnt das Haus zunächst die oben erwähnten Anträge Franssen und Stengel ab und stimmt dem Antrage von Ludwig mit großer Majorität zu. Die Discussion über die §§ 2 bis 19 wird also vereinigt. Zunächst erhält in der selben das Wort Abg. v. Ludwig und bittet, das Haus möge sich nicht weiter mit der Vorlage beschäftigen, da schon die Nürnberger keinen hängen, den sie nicht hätten. (Heiterkeit.) So können man auch keine Steuervsätze berathen, wenn man keine Steueroberjecte hat. Dagegen wünscht v. Minnigerode, den Vorstoß zur nochmaligen Discussion für die dritte Beratung zu bewahren. Nachdem Richter zur Abfertigung des Verfahrens alle Amendingements zu diesen Paragraphen zurückgezogen hat, werden dieselben einzeln mit großer Majorität abgelehnt, und damit ist auch formell nach der Geschäftsordnung das Gesetz gefallen.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 11 Uhr (Feld- und Postpolizeigesetz; kleinere Vorlagen).

Berlin, 21. Januar. [Amtliches] Se. Majestät der Kaiser hat den Geheimen expedirenden Secretär und Calculator Preßel in Köln zum Poststall ernannt; den Geheimen expedirenden Secretären und Calculatoren bei der obersten Post- und Telegraphenverwaltung, Rednungs-Räthen Krippendorf, Bräde und Harrys in Berlin den Charakter als Geheimer Rednungs-Rath; sowie den Oberpoststall-Rendanten Geißfuß in Frankfurt a. M., Voigt in Königsberg i. Pr. und Prohl in Breslau den Charakter als Rednungs-Rath verliehen.

Der ordentliche Lehrer am Königlichen Gymnasium in Berlin Dr. Daniel Jacoby und der ordentliche Lehrer Dr. Julius Schneider an der höheren Bürgerschule zu Segeberg sind zu Oberlehrern befördert worden.

Der praktische Arzt Dr. med. Ungar zu Bonn ist zum Kreis-Bundarzt des Kreises Bonn ernannt worden.

Berlin, 21. Jan. [Beide Kaiserliche Majestäten] besuchten gestern den Wohlthätigkeits-Bazar bei der Fürstin Radziwill.

[Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute einige militärische Meldungen entgegen und arbeitete mit dem vortragenden Rath im Civilcabinet, Geheimen Ober-Regierungs-Rath Anders, in Vertretung des erkrankten Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmsowski.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte das Auguste-Hospital.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing am Montag den diesseitigen Postchaster in Paris, Fürsten von Hohenlohe, und hierauf den General der Infanterie v. Blumenthal. Mittags um 12 Uhr begab sich Höchstverselbe zu Sr. Majestät dem Kaiser. Das Diner nahm Se. Kaiserliche Hoheit bei Ihren Majestäten ein. Abends 11 Uhr erfolgte die Abreise Sr. Kaiserlichen Hoheit nach Schloss Primkenau, von wo Höchstverselbe gestern Abend zurückkehrte. (R.-Ans.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 161. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20,

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

Berlin, 21. Januar. Bei der heute fortgesetzten Zählung sind folgende Nummern gezogen worden:

21 (1500) 204 56 366 548 50 69 98 618 (600) 35 794 800 (600) 17 58 997 1071 216 25 44 55 (600) 76 (300) 81 305 644 76 795 844 64 75 89 945 2010 15 25 29 131 70 258 317 55 91 92 649 (600) 70 710 14 39 (300) 49 (1500) 64 71 99 839 913 42 46 3031 61 151 (600) 84 93 (300) 266 (1500) 74 389 (300) 400 12 41 81 510 48 72 658 (300) 751 52 88 856 936 69 87 4026 36 85 126 (300) 30 51 72 211 319 475 99 623 44 73 (1500) 737 56 (300) 65 818 57 (600) 5141 75 203 9 33 74 311 443 563 626 99 748 64 (600) 72 887 92 958 93 6033 (600) 189 209 36 92 327 48 51 417 31 63 527 35 55 688 91 712 815 18 (300) 53 63 81 82 97 950 58 7069 81 105 69 81 210 60 70 71 85 384 438 81 578 (300) 656 706 821 36 40 43 904 8005 8 13 43 (300) 56 89 96 108 (300) 6 13 250 303 (300) 96 409 57 71 77 509 (1500) 16 72 76 626 40 (600) 49 60 (300) 851 96 958 (600) 77 9044 82 9

940 (600) 55 62 64,017 88 102 58 61 (600) 206 (300) 93 333 40 45
 484 625 (600) 67 (600) 749 360 64 86 65,014 24 55 78 142 57 85
 96 264 97 315 65 414 18 54 68 81 82 546 603 20 29 66 74 76 77
 766 819 23 (15,000) 28 48 55 909 33 65 66 (300) 71 66,095 122 65
 77 249 (600) 84 306 48 (600) 80 94 96 438 43 95 515 35 633 43
 804 73 67,001 21 94 (300) 95 148 226 50 314 (300) 58 84 564
 641 (3000) 716 800 13 (300) 982 68,096 116 (600) 25 295 (600)
 311 57 572 609 12 42 46 47 703 11 14 79 69,135 265 373 78
 88 (1500) 427 68 69 (300) 71 607 (300) 46 719 22 83 (1500) 800
 29 68 901.
70,271 93 (300) 96 462 81 534 52 723 810 (600) 12 60 67 942
 71,065 316 425 58 526 38 (300) 58 80 (600) 97 696 734 35 82
 827 33 73 916 72,009 14 (600) 76 83 (300) 120 200 308 (600) 13
 89 440 62 610 78 721 75 805 (3000) 14 64 84 (3000) 86 73,086
 (300) 332 461 560 608 74 81 89 (300) 91 733 825 (3000) 26 (3000)
 74,052 86 98 167 96 97 217 29 88 95 (600) 309 37 58 406 11 558
 666 732 891 975 (300) 97 (300) 75,012 42 (300) 98 111 58 255
 369 462 66 98 529 686 745 65 69 872 94 (600) 942 (600) 76
 76,036 107 60 73 79 295 351 429 55 512 23 674 710 63 76 91
 (600) 808 22 95 918 40 (300) 56 84 86 77,096 154 225 56 (300)
 335 487 547 (600) 50 (300) 83 84 99 (300) 621 32 (1500) 702 3 83
 (300) 871 92 909 15 (300) 22 (600) 27 (300) 61 (600) 64 78,031 34 42
 62 184 (300) 208 29 41 46 318 20 73 (3000) 86 475 643 47 63
 711 48 (300) 75 96 870 906 36 79,066 (1500) 81 (300) 145 (1500) 71
 204 (1500) 58 87 394 412 48 74 (600) 642 73 (600) 83 716 54 881
 959 96.
80,043 69 (300) 95 120 249 54 (1500) 59 (300) 83 (1500) 300 21
 32 52 66 474 92 510 28 72 644 93 752 83 805 27 51 99 921 (300)
 25 46 51 81,049 55 100 41 89 (600) 98 254 61 384 435 51 (300)
 531 89 615 43 85 86 776 (600) 800 25 912 70 88 82,032 46 (1500)
 65 (300) 92 (600) 98 (600) 107 41 210 304 5 482 94 504 (30,000)
 36 (300) 86 653 700 30 87 88 878 934 (300) 91 83,004 59 73 74
 121 37 (600) 307 32 40 72 425 508 (300) 29 62 682 850 (600) 67
 91 93 922 84,002 60 (300) 204 9 (300) 13 300 (600) 22 29 95 407
 66 (3000) 93 510 619 740 53 66 78 79 800 6 (300) 26 (1500) 54 59
 966 85,011 107 62 77 78 271 325 56 62 72 476 545 62 (1500) 72
 610 40 711 (300) 71 91 823 35 932 48 51 72 86,019 31 (300) 77
 115 (300) 207 85 349 470 588 672 (300) 77 (3000) 718 36 813 22
 70 80 95 (600) 96 908 87,007 73 297 335 55 73 (600) 446 78 92
 (1500) 502 12 672 84 (300) 708 73 91 (3000) 896 999 (300) 88,013
 26 36 58 (300) 77 130 66 71 95 209 58 412 16 39 93 (600) 641 95
 775 895 (1500) 940 46 55 61 73 91 89,288 324 51 71 88 401 21
 58 515 76 608 14 52 55 (1500) 82 85 705 20 25 850 63 88 929.
90,011 71 118 34 (300) 49 71 86 219 49 305 94 422 (600) 21
 83 88 543 71 609 95 713 22 30 37 (1500) 833 52 924 (1500) 58
 91,012 25 (600) 26 42 (600) 60 72 (300) 197 208 40 306 443 629
 36 47 60 (1500) 726 36 58 97 810 21 32 98 962 92,001 121 63 73
 301 30 39 502 48 81 (600) 85 752 94 828 55 (600) 93,108 19 98
 228 66 335 97 499 678 763 78 79 836 907 14 46 94,033 46 157
 262 90 320 37 62 (300) 411 (300) 528 627 47 89 (600) 715 953 88.
 ○ Berlin, 21. Januar. [Für die Hinterbliebenen der Reichsbeamten. — Postalisch. — Reichsinvalidenfond. — Reichssetz. — Bundesrath.] Wie wir erfahren, ist der vom Reichs-Schabam aufgestellte Entwurf eines Gesetzes, die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Reichsbeamten betreffend, auch von den übrigen Reichs-Centralbehörden in Beratung genommen und werden demnächst mündliche Verhandlungen der Commissarien der einzelnen Verwaltungszweige über den gedachten Gesetzentwurf stattfinden. — Den Königl. Regierungen ist seitens des Finanzministers die neue Geschäftsvorordnung für die Kreis-Steuern Einnahme zugegangen. — Das Umtschlatt für die Post- und Telegraphen-Verwaltung bringt eine Beichtigung des Fahrrposttariffs für das Ausland. Danach findet bei gewöhnlichen Paketen, deren Inhalt in Gold oder Silber (gemünzt, verarbeitet oder unverarbeitet), Edelsteinen, Juwelen, Uhren, Kleinodien, Wechseln, Wertpapieren, Karten und Schriftstücken aller Art, Gemälden und sonstigen Bildern, plattirten Gegenstände, Glas, Porzellan, Seide (verarbeitet oder unverarbeitet), auch mit anderen Stoffen durchwirkt, Pelzwerk oder mit der Hand hergestellten Spitzen besteht, sofern der Werth der betreffenden Gegenstände den Betrag von 10 Pf. Sterl. (etwa 205 M.) übersteigt, im Verlust und Beschädigungs-falle nach den für die Dampfschiffahrt bestehenden Reglementen (Carriers Act) eine Entschädigung nur dann statt, wenn die Sendungen besonders versichert sind. Die Versicherungsgebühr für die Strecke Rotterdam-London beträgt 75 Eis. Diese Gebühr wird in der Regel vom Empfänger in London eingezogen, kann jedoch auch mit 1,30 M. bei der Einlieferung vom Absender gezahlt werden. — Der Etat des Reichsinvalidenfonds beziffert die Einnahme auf 32,098,572 M., das ist 917,367 weniger als bisher. Die Ausgaben betragen 1) für die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, Bevölkerungen 51,600 M., Wohnungsgelderzuschüsse 6660; andere persönliche Ausgaben 600, sachliche und vermischte Ausgaben 65,060; 2) der Zuschuß zu den Kosten der Verwaltung des Reichsheeres für die Bearbeitung der Invalidensachen in Folge des Krieges von 1870—1871 beträgt an Preußen 34,781, an Sachsen 4440, an Württemberg ebenfalls 4440, an Bayern 11,920 und zur Verwaltung der Invalideninstitute 544,099 M. 3) Invaliden-Pensionen in Folge des Krieges 1870/71: a. Verwaltung des Reichsheeres an Preußen 19,331,000, an Sachsen 1,231,465, an Württemberg 708,700, an Bayern 4,343,047; die Summe der Verwaltung beträgt 25,614,212 M. b) Verwaltung der kaiserlichen Marine 19,334 M. 4) Invalidenpensionen in Folge der Kriege vor 1870; a. Verwaltung des Reichsheeres 4,186,082, Verwaltung der Marine 1284 und sonstige Pensionen 460,000 M. 5) Die Grenzlage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71 41,400 M. 6) Pensionen für ehemalige französische Militärpersonen a. in Folge der Zusatzkonvention zum Frankfurter Friedens-Vertrag vom 11. December 1871, Art. 2,670,000; b. an Bayern 91,460; c. die aus dem Dispositionsfond des Kaisers zu Gnadenwilligungen aller Art bisher bewilligten und ferner zu bewilligenden Unterstützungen und Erziehungsbehilfe für Wittwen und Kinder der in Folge des Krieges von 1870/71 für invalid erklärten und demnächst verstorbenen Militärpersonen der oberen und unteren Klassen 350,000 Mark. — Der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen beziffert die Einnahmen auf 36,337,000 M. Die Ausgaben betragen a. die dauernden 26,024,600, b. die einmaligen 282,550 M. — Die Einnahmen des Deutschen Reichs an Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen sind veranlagt a. an Zölle auf 166,851,000 M. (im Vorj. 104,404,040), an Tabaksteuer auf 369,000 (im Vorj. 899,590), an Alkoholzuckersteuer 46,780,700 (im Vorj. 51,422,850), an Salzsteuer 35,740,790 (im Vorjahr 34,552,780), an Branntweinsteuer und Übergangssabgabe von Branntwein 35,726,620 (im Vorjahr 39,599,290), an Braunkohle- und Übergangssabgaben von Bier 15,327,760 (im Vorjahr 15,955,300). An Aversen zusammen 6,400,600 (im Vorjahr 4,864,510). — Dem Bundesrath ist eine Denkschrift über die Ausgrabungen in Olympia zugegangen, in welchem genau berichtet wird über den Verlauf der Arbeiten, die Abformungen und Photographien, Mission eines Directionsmitgliedes, Transport der Formen, Herstellung der Gypsabgüsse, weitere Förderung der Arbeiten, Inventar, Kostenverbrauch und weitere Resultate. Der Bericht schließt mit dem Antrag: um das fünfjährige Werk in würdiger Weise abzurunden, die Arbeit bis zum Juni fortzuführen und möglichst eine Nachlese halten zu können, wird gebeten, nachdem die fünfte Rate als letzte gegeben wurde, noch einen Supplementar-credit in Höhe von 90,000 M. zu bewilligen. — Morgen, den 22., findet eine Sitzung des Bundesraths statt; auf der Tagesordnung

stehen: Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung und Abänderung des Reichsmilitärgegesetzes, ferner der Erlass von Vorschriften über den Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, dann der eben erwähnte Bericht über die Ausgrabungen in Olympia und endlich eine Anzahl Ausschussberichte.

— eh. Von der sächsischen Grenze, 20. Jan. [Sächsische Staatschuld. — Ein Antrag auf Bestrafung des Zinswuchers. — Secundärbahnen.] Die Höhe der sächsischen Staatschuld beträgt 579½ Millionen Mark, wovon allein 230 Millionen auf die dreiprozentige Rentenanleihe von 1876 kommen. Der Rest verteilt sich auf 21 Anleihen, deren älteste aus dem Jahre 1830 herührt, also jetzt ein halbes Jahrhundert alt ist. Das enorme Anwachsen der Staatschuld ist auf Rechnung der Eisenbahnankäufe zu sehen. — Der strengconservative Präsident der sächsischen ersten Kammer, Kammerherr von Behmen, hat den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, dieselbe wolle im Bundesrathe auf ihr geeignet erscheinende Weise den Erlass reichsgesetzlicher Vorschriften über Beschränkung und Bestrafung des Zinswuchers befürworten und zur Durchführung zu bringen bemüht sein. In hergebrachter Loyalität will er der Weisheit des hohen Bundesrates und des Reichstages nicht vorgreifen, hat sich aber doch nicht enthalten können, in der Motivierung des Antrages die Ungültigkeit wucherlicher Verträge und die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte als wirksame Strafmittel zu empfehlen. — Es ist eine natürliche Folge der seit dem Staatsbahnsystem gemachten Erfahrungen, daß die Neigung, neue Secundärbahnen auf Staatskosten ausführen zu lassen, sich erheblich verringert hat. Ein Theil der Abgeordneten ist der Ansicht, daß sich der Staat mit dem Bau der Secundärbahnen überhaupt nicht befassen, sondern deren Herstellung den Districtsverbänden überlassen müsse. Diese würden schon bei der Expropriation viel billigere Preise zahlen, als der Staat und wahrscheinlich auch größere Sparsamkeit beim Bauen walten lassen. Man macht in dieser Beziehung darauf aufmerksam, daß in dem dem sächsischen Landtage vorgelegten Projekte der Kilometer Schmalspurbahn mit 57,000 Mark veranschlagt ist, während die Erbauer der Fuldbahn, Kraus u. Co. in München, nur 28,000 M. pro Kilometer gebraucht haben. Die Vermehrung der Staatschulden durch neue Anleihen für Eisenbahnzwecke würde auf diesem Wege auch vermieden. Es ist jedoch die Frage, ob diese Meinung durchdringt; es sind zu viele Interessenten da, welche von dem Staat ein Secundärbahnen fordern zu können glauben, weil andere Gegenden mit Bahnen bereits auf Staatskosten versehen sind.

Franreich.

○ Paris, 19. Jan. [Die Bildung einer Regierungsmajorität. — Bonapartistische Demonstration. — Desprez. — General Gallifet. — Hinrichtung Prevost's.] In den politischen Kreisen verfolgt man mit größter Aufmerksamkeit die Bemühungen, welche innerhalb des Parlaments behufs Bildung einer zuverlässigen Regierungsmajorität gemacht werden. Das Ministerium selber ist, wie sich wohl vermuten läßt, diesen Bemühungen nicht fremd, aber die Initiative dazu ist von einigen Mitgliedern der republikanischen Linken ergriffen worden. Diese haben zunächst ihren Parteigenossen den Vorschlag gemacht, ein formelles Bündnis zum Schutz des Ministeriums mit der republikanischen Union einzugehen. In einer Versammlung der Linken wurde gestern dieser Vorschlag besprochen und er fand beifällige Aufnahme. Jedoch fäste man keinen bestimmten Entschluß und verschob die Entscheidung bis zu einer neuen Versammlung, die nächsten Freitag stattfinden soll. Bis dahin wird die republikanische Union ihrerseits eine Gelegenheit gefunden haben, ihre Meinung über die ihr angetragene Verbindung kundzugeben. Vorläufig haben einige Mitglieder sich günstig ausgesprochen. Es fragt sich indes noch, ob man den vorgeschrittenen Theil dieser Fraction dahin bringen wird, bestimmte Verbindlichkeiten anzunehmen, ohne ihm einige Zugeständnisse zu machen. Der „Temps“ redet heute Abend der republikanischen Union sehr eindringlich zu Gemüth. Sie haben nur die Wahl zwischen zwei Wegen: entweder müsse sie sich der Linken anschließen, um eine Regierung-Majorität zu bilden, oder aber sich mit der äußersten Linke zu einer Oppositions-Minderheit zu vereinen. Sie können heute nicht mehr daran denken, eine unentschiedene Haltung zu beobachten, in jedem Lager einen Fuß zu haben, heute in der Opposition zu sein und morgen mit der Regierung. Das Land verlangt vom Cabinet, daß dasselbe wisse, was es will; es kann das Gleiche von den Députirten verlangen. Man sagt dem Ministerium: Regiere mit der Mehrheit; zum Mindesten ist daher erforderlich, daß eine solche Mehrheit existiere und nicht bloß eine Zufallsmehrheit, auf welche die Regierung sich nicht verlassen kann. So der „Temps“. Das liebe Centrum verhält sich den erwähnten Unterhandlungen gegenüber als Zuschauer, ohne sich irgendwie einzumischen; die äußerste Linke dagegen zeigt ihr Missfallen, indem sie neuerdings den Antrag auf Gewährung der vollen Amnestie einbringt. Es ist das genau der von Louis Blanc schon im vorigen Jahre gestellte Antrag. Die äußerste Linke erwartet natürlich von ihrem Vorgehen selber nicht das geringste praktische Resultat. — Die Kammer hält heute Sitzung, und zwar discutirt sie den Gesetzesvortrag Camille Say's über die Mädchenerziehung, der von Keller, dem Vorsteher der Clericalen, heftig angegriffen wird. Morgen beabsichtigt der Justizminister Gazon sein Project für die Reform der Magistratur einzubringen. Wenn die Bonapartisten künftig noch von der Intoleranz der Republik reden, wird man sie dreister Lüge zu zeihen haben. Die Demonstration, deren Held neulich Paul de Cassagnac nach der Messe in Sanct Augustin gewesen, hat gestern ein Seitenstück gefunden, ohne daß die Polizei sich im Geringsten einmischt. Es wurde nämlich in St. Philipp eine Seelenmess für Napoleon III. und seinen Sohn gelesen, zu welcher sich, nebenbei gesagt, keiner der Parteikandidaten eingefunden hatte. Nach Beendigung des Gottesdienstes scharten sich mehrere hundert Bonapartisten zusammen und zogen das Faubourg Saint-Honoré und die Boulevards entlang nach dem Redactionslokal des imperialistischen „Petit Caporal“, um dem Chefredakteur dieses Blattes, Jules Amigues, der augenblicklich frank ist, ein Hoch darzubringen. Unterwegs ließen sie, namentlich vor dem Elysée, die Rufe Vive Jules Amigues! vive Paul de Cassagnac! vive l'Empire! hören. Die Spaziergänger auf den Boulevards sahen dieser Prozession achselzuckend zu. Vor dem „Petit Caporal“ angelangt, schickte man eine Deputation in das Krankenzimmer J. Amigues und der Sohn des Patienten, der sich übrigens in dem Zuge befunden hatte, hielt eine Rede, worin er die Anwesenden aufforderte, auseinanderzugehen und die Stunde der Erlösung ruhig zu erwarten. — Es bestätigt sich, daß Desprez, der Director der politischen Abtheilung im Ministerium des Auswärtigen, einen diplomatischen Posten im Auslande erhalten wird. In Folge einer Veränderung in der Organisation dieses Ministeriums wird die Stellung, welche Desprez inne hatte, an Bedeutung einigermaßen verlieren. Zu seinem Nachfolger soll nach den letzten Nachrichten einer der Redacteure der „Débats“ Francis Charmes aufersehen sein. — Das Commando in Lyon scheint

wenig Verführung auszuüben. Nach dem Beispiel des Generals Saussier hat nun auch, wie es heißt, der General Gallifet dasselbe abgelehnt. Man wird wohl darauf verzichten, es einem der Generale, die schon ein Commando haben, anzubieten. — Heute früh ist der Stadtgericht Prävost, der zwei Personen ermordet und ihre Leichen zerstört hat, hingerichtet worden. Man hatte außergewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den Zudrang der Menge abzuhalten und die widerwärtigen Scenen, die sich fast regelmäßig bei den Hinrichtungen wiederholen, zu verhüten. Es ist heute gerade 10 Jahre, seit Troppmann hingerichtet worden.

Provinzial-Beitung.

— r. Breslau, 22. Jan. [Sanitätsrat Hodann †] Wie wir soeben erfahren, ist der in den weitesten Kreisen bekannte Sanitätsrat, Kreis-Wundarzt und Primärarzt am Krankenhaus Allerheiligen, Herr Dr. Julius Hodann, gestern Nachmittag 4½ Uhr gestorben. [Personal-Nachrichten.] Ueberwiesen: der Regierungs-Assessor von Wolff aus Liegnitz dem Regierungs-Collegio in Oppeln. — Verliehen: dem als Hilfslehrer an der Realschule zu Tarnowitz beschäftigten Lehramts-Candidaten Dr. Bernhard Schwen, einer ordentlichen Lehrerstelle an der gesuchten Anstalt. — Ertheilt: dem Apotheker Regehly die Personal-Commission zur Uebernahme und Verwaltung der Schwan-Apotheke zu Statibor. — Bestätigt: die Vocatio des katholischen Lehrers Pusch zu Landsberg O.S. — Versetzt: des Ober-Postassistent Schmidt von Gabitz nach Rosenberg O.S. — Zum Postagenten angenommen: der Canistist Hoffmann in Pilzowitsh. — Aus dem Postdienste ausgeschieden: der Postagent Richter in Pilzowitsh. — Dem Postagenten Urbani in Deutsch-Krawarn ist die einstweilige Verwaltung des Postamts III. daselbst übertragen worden. — Ernannt: Wagenrevisor Hantke in Niedza zum Wagenmeister. — Versetzt: Stations-Assistenten Siegmund von Brone nach Reisse, Lichiersche von Neisse nach Obernigl; Bahnmeister Blazej von Groß-Strehlitz nach Beßkretsdam. — Pensionirt: Betriebs-Sekretär Junger in Oppeln. — Gestorben: Bodenmeister Wirth in Gabitz Coatsanstalt. — Entlassen: Telegraphist Regner in Gleiwitz.

Handel, Industrie &c.

